

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beraten und beschließen:

2 **Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichstellen. JETZT!**

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für

- 4 1. die komplette steuerliche Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft
5 mit der Ehe,
- 6 2. die Möglichkeit der Paar-Adoption für Eingetragene Lebenspartnerschaften
7 sowie
- 8 3. die Ergänzung Diskriminierungsverbotes des Artikels 3 (3) GG um Schwule,
9 Lesben, Bisexuelle und Transgender

10 einzusetzen und einen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen.

11 **Begründung:**

12 Die Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) war eines der größten
13 gesellschaftspolitischen Errungenschaften der SPD-Regierungszeit von 1998-2009.

14 Seitdem können Schwule und Lesben ihre Partnerschaften eintragen lassen. Die
15 Gleichstellung im Miet- und Sozialrecht, die Möglichkeit der Stiefkindadoption sowie die
16 Gleichstellung in der Erbschaftsteuer wurden von der SPD durchgesetzt.

17 Die ebenfalls von Rot-Grün forcierte Gleichstellung der Lebenspartnerschaften vor allem
18 im Einkommensteuerrecht wurden von CDU/CSU und zu diesem Zeitpunkt auch noch
19 von der FDP mit dem Verweis auf Artikel 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) abgelehnt
20 und im Bundesrat gestoppt.

21 In einer Pressemitteilung vom 22. Oktober 2009 zum Beschluss vom 7. Juli 2009 hat das
22 Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, dass eine Privilegierung der Ehe mit anderen
23 Lebensformen, die mit der Ehe vergleichbar sind, ungerechtfertigt ist und der Verweis
24 auf Artikel 6 GG nicht ausreicht. Vor dem BVerfG war allerdings nur die Frage behandelt
25 worden, ob die Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaften in der betrieblichen
26 Hinterbliebenenversorgung verfassungswidrig ist.

27 CDU/CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag lediglich ausgeführt, die
28 Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen umzusetzen.

29 Die SPD-Bundestagsfraktion ist daher aufgefordert, sich im Bundestag für die komplette
30 Gleichstellung von Schwulen und Lesben einzusetzen. Dieses Feld darf nicht allein der
31 GRÜNEN-Bundestagsfraktion überlassen werden.